

Klein und nicht fein

Arbeit in kleinen und mittleren Betrieben — für die meisten eine Form moderner Sklaverei

von Ramon T. Jimenez

Emil, 18 Jahre alt, arbeitet als Gehilfe bei einer Tankstelle. Für acht Arbeitsstunden erhält er 130 Pesos, umgerechnet 6 Mark. Wenn er hin und wieder zwei oder mehr Überstunden machen soll, bezahlt man ihm dafür keinen Peso mehr. Wenn er sich weigert, stehen viele Jungen an der nächsten Ecke bereit, seinen Job zu übernehmen.

Er bekam den Job durch ein Vermittlungsbüro, das üblicherweise etwa fünf Prozent seines Lohns einbehält. Weil er auf Tagesbasis entlohnt wird, erhält er für die 11 offiziellen Feiertage pro Jahr oft kein Urlaubsgeld. Er genießt keinerlei Urlaub, erhält weder Krankengeld noch einen 13. Monatslohn und ist nur für einen Zeitraum von fünf Monaten eingestellt. So wird er kein regulärer Angestellter, und sein Arbeitgeber umgeht auf diese Weise gesetzliche Verpflichtungen.

Trining arbeitet zusammen mit 20 Angestellten in einem kleinen Geschäft. Sie ist 23 Jahre alt, verheiratet und arbeitet viele Stunden lang für wenig Geld. Nach einem Neun-Stunden-Tag bringt sie 150 Pesos heim. Aber anders als Emil, der in der Nähe seines Arbeitsplatzes wohnt, braucht sie zwei bis vier Stunden für Hin- und Rückweg. Die Fahrtkosten betragen rund 45 Pesos — eine Fahrt mit der Hochbahn MRT eingeschlossen. Genau wie Emil erhält sie weder eine Vergütung für Überstunden noch Urlaubsgeld.

Manche Arbeitgeber/innen geben vor, sie hätten mit Unternehmungen zu tun, die jedoch seltsamerweise jedes Mal vor Ablauf von sechs Monaten beendet sind. Bei der Verabschiedung des Gesetzes über »Projekt-Angestellte« hatte der Gesetzgeber allerdings an Bauarbeiter/innen, keineswegs an Angestellte wie Trining gedacht. Emils wie auch Trinings Arbeitsverhältnis kann je-

derzeit gelöst werden, weil sie keine schriftlichen Verträge erhalten haben.

Millionen einfacher Beschäftigte schufteten täglich wie Emil und Trining, die Ausbeutung und Unsicherheit stillschweigend ertragen müssen. Staatliche Regelungen, die sich auf Arbeits- und Arbeitsplatzbedingungen beziehen, bieten ihnen keinen wirksamen Schutz. Sie arbeiten in kleinen und mittleren Betrieben und Unternehmen (*Small and Medium Enterprises* — SMEs). Trotz ihrer großen Zahl bleiben sie ohnmächtig und arm.

Die Mehrheit der Lohnabhängigen

SMEs sind Einzelhandels-Dienstleistungs-, Handels- und Industrie-Unternehmen, die mindestens zehn, aber nicht mehr als 99 Beschäftigte haben. Sie stellen mehr als 90 Prozent aller Unternehmungen im Lande dar. Nach einer Veröffentlichung der Nationalen Behörde für Statistik zählten 1999 826.783 Unternehmen zu den SMEs. Und von den insgesamt 3,72 Millionen Beschäftigten in Metro Manila allein, verdienten im Oktober 1999 3,3 Millionen, also 91 Prozent, in SMEs ihr Geld.

Eine Studie der *Leviticus Foundation* brachte im April 2000 ans Licht, dass 44 Prozent dieser SMEs nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn bezahlen.

Sieben Arbeits- und entsprechende Sozialgesetze, Regelungen über Arbeitszeit, Entlohnung, Vergütungen, Versicherungen und Sicherheitsmaßnahmen wurden gleichermaßen schamlos verletzt und missachtet. Beschäftigten in SMEs wurden ihr Recht auf Arbeitsplatzsicherheit und ihr Recht, kollektiv bessere Bedingungen und höhere Löhne auszuhandeln, fortwährend verweigert.

Indifferenz

Studienzentren (*labor centers*), Verbände, Gewerkschaften und andere Arbeitnehmer/innen-Organisationen haben die Beschäftigten der SMEs im Rahmen ihrer Aktivitäten und Aktionen samt und sonders vernachlässigt. In einem SME — so ihre ständige Rede — gäbe es zu wenige Beschäftigten. Man würde dort nur seine Zeit und Organisationskraft vergeuden. Vielfach sei eben die Zahl der Beschäftigten zu gering für die Bildung von Verbänden oder Gewerkschaften.

Ramon Jimenez ist ein bekannter Rechtsanwalt, Experte für Arbeitsrecht und war früher Präsident der Philippinischen Industrial Relations Society. Er hat die »Leviticus-Stiftung« gegründet, die sich die Erforschung der Arbeits- und Lebensbedingungen einfacher und ungeschützter Arbeiter/innen zum Ziel gesetzt hat.

Beschäftigte in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten nach ausgew. Merkmalen, 1991-1997 (in Tsd.)

Merkmal	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
weibliche Beschäftigte	892	1.018	1.010	933	1.028	973	1.077
Jüngere Beschäftigte (15-24 J.)	293	427	348	342	358	297	385
Beschäftigte mit Mindestlohn	499	545	461	648	705	640	794
Beschäftigte mit Zeitlohn	2.136	2.347	2.376	2.289	2.553	2.465	2.691
Beschäftigte mit Stücklohn	97	91	95	91	90	69	89
Beschäftigte mit Akkordlohn	17	35	35	28	43	32	40
Beschäftigte auf Kommissionsbasis	163	90	129	135	143	119	170
Teilzeitbeschäftigte	34	37	46	37	48	51	63
Beschäftigte in Zeitarbeit	95	102	87	108	119	108	134
Beschäftigte in befristeten Arbeitsverhältnissen	161	250	250	197	319	320	401

Quellen: Bureau of Labor and Employment Statistics

aus: IBON Facts & Figures v. 30.4.2001, S. 8

Da SME-Beschäftigte durch plötzliche Entlassungen am stärksten gefährdet sind, leben sie in permanenter Furcht vor dem Arbeitsplatzverlust. Die Organisationen haben mit eben dieser ständigen Unsicherheit ihre Weigerung begründet, den Beschäftigten zu helfen.

Ironie der Geschichte: Die SMEs haben sich aus gleichem Grund in großem Maßstab erlaubt, Gesetze zu verletzen und die Rechte ihrer Beschäftigten zu missachten.

Schamloses Unvermögen

Die Wirtschaftslage in den Philippinen verschlechtert sich ständig — und die weithin schutzlosen SME-Beschäftigten trifft das am härtesten.

Wegen der steigenden Kraftstoffpreise und dem Wertverlust des Peso ist damit zu rechnen, dass die Preise von Gütern und Dienstleistungen weiter steigen werden.

Lohnerhöhungen können die SME-Beschäftigten jedoch kaum erwarten. Ihre Löhne werden stets auf dem Altar geopfert, der mit dem Argument gebaut wird, Investoren müssten ermutigt werden, damit Arbeitsplätze geschaffen würden. Man erzählt den einfachen Beschäftigten stets, sie sollten lieber schweigend leiden, weil sich ihre berechtigten Forderungen nach Lohnerhöhung mit den wichtigeren gesamtwirtschaftlichen Interessen des Landes nicht vertragen. Während andere Beschäftigte mit Spruchbändern für familiengerechte höhere Löhne demonstrieren, hat man den SME-Arbeiter/innen nicht einmal den ge-

setzlich vorgeschriebenen Mindestlohn bezahlt.

Das Arbeitsministerium hat lediglich 250 Kontrolleure im ganzen Land angestellt, die darauf achten und auch durchsetzen sollen, dass Mindestlöhne und Vergünstigungen ausbezahlt und Schutzmaßnahmen für Frauen und Kinder getroffen werden. Diese geringe Zahl hat viele Firmen ermutigt, die entsprechenden Gesetze in der unverschämtesten Weise zu übertreten.

Hinzu kommt, dass die entsprechende Gesetzgebung höchst kümmerlich ist. Der Kongress sollte sich zu schärferen Gesetzen aufrufen, die Arbeitsrechte besser durchsetzen und Ausbeutung wirksamer verhindern helfen. Symposien und Seminare hat es genug gegeben. Jetzt müssen konkrete Ergebnisse her.

Die Kirche: Schöne Worte reichen nicht

Das Erlassjahr 2000 ist beendet, und eines der Spuren, die es in diesem vorwiegend katholischen Land hinterlassen könnte, könnte darin bestehen, dass man mit der Forderung der Freilassung der Sklaven kräftig Zeugnis ablegt.

Die katholische Kirche hat mehr als deutlich gemacht, dass sie das soziale und politische Leben in den Philippinen sehr wohl zu beeinflussen weiß, und sie hat sich auch schon lange zugunsten der Arbeiter/innen ausgesprochen.

Es war am 1. Mai 2000, als Kardinal Sin mit seinem »Aufruf zum Ersten Mai« das »Recht aller Beschäftigten auf einen sicheren Arbeitsplatz« bekräftigte. Jedem und

jeder sollte der sichere Arbeitslohn ein Leben garantieren, »in dem die Bedürfnisse der Familie angemessen zur Geltung kommen können«. Wir möchten gerne glauben, dass diese Worte des guten Kardinals nicht gesprochen wurden, um bald wieder vergessen zu werden. Andere Kirchen haben sich ähnlich geäußert wie Sin.

Zu den Forderungen des biblischen Buches Levitikus — des 3. Buch Mose — gehört die »Befreiung der Sklaven«. Nach dem Erlassjahr sollte die Kirche jetzt über das Jubeljahrlied hinaus konkreter und wirksamer für die einfachen Arbeiter/innen Partei ergreifen — noch dazu, wo sich die wirtschaftlichen Bedingungen akut verschlechtern.

Es ist an der Zeit, dass die Kirche sich ernsthaft der etwas schwierigeren Herausforderung annimmt, die katholischen Arbeitgeber/innen auf die Forderungen des Evangeliums über unsere geringsten Geschwister hinzuweisen, damit sie endlich den Mindestlohn zahlen und die Auszahlung des familiengerechten Lohns anstreben, den Kardinal Sin proklamiert hat. Das wäre ein deutliches Zeichen nach über 400jähriger Arbeit in diesem »einzig christlichen Land« Asiens.

Übersetzung: Klaus Schmidt